Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 8 **München / 6. Jahrgang** **21. Februar 1919**

1919 Wochenkalender 5679

	Februar	Adar	Bemerkung
Sonntag	23	23	
Montag	24	24	
Dienstag	25	25	
Mittwoch	26	26	
Donnerstag	27	27	י״כ קטן
Freitag	28	28	
	März		
Samstag	1	29	

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Nummer 8 München / 6. Jahrgang 21. Februar 1919

Eine Talmud-Thora in München.

Des jüdischen Lebens ganzer Jammer packt uns an, wenn wir sehen, wie unsere Jugend hierzulande aufwächst. Wenn es eine Totsünde gibt, so ist es die furchtbare Sünde wider die Jugend und gegen den Bestand des Judentums, die unsere Gemeindeführer seit einem Jahrhundert auf sich häufen. In jenem System der Verfälschung und Entartung des Judentums, wie es im Westen seit einem Jahrhundert betrieben wird, nimmt den Begriff und die Schöpfung des „Religionsunterrichtes" unzweifelhaft die erste Stelle ein. An Stelle des von den ewigen religiös-nationalen Geisteswerten des Judentums getränkten jüdischen Erziehungsideals und des noch tief in das Jahrhundert nach der „Emanzipation" hineinragenden vollausgebauten jüdischen Unterrichtswesens trat jener kümmerliche Ersatz jüdischer Erziehung, jenes geistesarme und lebensunfähige Surrogat jüdischer Bildung, das man jüdischen „Religionsunterricht" nannte. Es gibt nichts Unjüdischeres, nichts, was von einer heilloseren Verkennung des tiefsten Wesens jüdischer Religiosität und jüdischer Lehre zeugt, als diese Begriffsschöpfung. Religion ist dem Juden kein „Fach", sondern der belebende Geist des Ganzen, des Lebens höchstes und beherrschendstes Prinzip. Es gibt keine feststehenden jüdischen Glaubensdogmen, keinen Katechismus des Judentums. Es ist daher ganz unmöglich, den lebendigen religiösen Gehalt des Judentums auf kurzgefaßte, lehrbare Gedankenformeln zu reduzieren, ein für den östlichen Volljuden ganz unbegreifliches Ansinnen, die „jüdische Religion" als solche, losgelöst von jenem weitverzweigten System der jüdischen Geisteswerte, „unterrichten" zu wollen. Freilich, dem jüdischen Liberalismus, der ja ganz auf die Selbstentäusserung und Selbstaufhebung des Judentums hinausging, und der auch im ureigenen Bereich des Religiösen und Gottesdienstlichen mit seinen Angleichungsbestrebungen nicht zurückhielt, konnte sich dieser seinem Minimaljudentum sich vortrefflich anpassende Begriff jüdischer Erziehung nur empfehlen. Das Judentum auf den Aussterbeetat zu bringen, war dieser Totengräber des deutschen Judentums höchstes Bestreben; die Axt wurde an die Wurzel, die Jugenderziehung gelegt, der alte Stamm mußte verdorren. Er verdorrte. Heute, nach einem Jahrhundert jüdischen „Religionsunterrichtes", zeigt er nur noch welke, in den jüdischen Lebensherbst trübselig hineinschauende Blätter, für den Abfall längst reif.

Die heutige Generation der Westjuden erntet, was die vorhergegangene gesät hat. Sie ist mit dem Mangel an jüdischem Wissen und Gewissen erblich belastet. Die Väter haben Härlinge gegessen, und die Kinder gehen nun mit stumpfen Zähnen durchs Leben. Es mag wenig tröstlich sein, die Schuld auf die Väter abzuwälzen; es ist aber recht und billig und gereicht dem sittlichen Bewußtsein des Lebenden zur Erleichterung. Womit aber wäre es zu erklären und begreiflich zu machen, daß auch die Jugend der seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden *Ostjuden* die gleichen verderblichen Wege der Entjudung wandelt, daß diese im Westen heranwachsende ostjüdische Jugend in den Pfuhl der jüdischen Unwissenheit versinkt, in dem die westjüdische Jugend längst untergegangen ist? Haben das *ihre* Väter gesät, haben *sie* die Giftfrucht der Entjudung genossen? *Sie* haben das Samenkorn des jüdischen Wissens und jüdischer Treue in das Herz ihrer Kinder gepflanzt, nicht Härlinge, reife Früchte vom Baume des jüdischen Lebens haben sie gesättigt. Unsere in Deutschland lebenden Ostjuden haben noch alle aus der lauteren Quelle jüdischer Überlieferung geschöpft, in Cheder und Jeschiwa, im Elternhaus haben sie die ewigen Geisteswerte des Judentums in sich aufgenommen. *Sie* haben von ihren Eltern das Geschenk des lebendigen Judentums empfangen, werden sie es ihren Kindern weitergeben? Sie haben den heiligen Besitz geerbt, werden sie ihn auch *vererben*? Wenn es etwas gibt, was einem Juden die Ruhe am Tage und den Schlaf in der Nacht rauben kann, so ist es diese Frage. Der in Deutschland lebende Ostjude, der sich diese Schicksalsfrage stellt, muß antworten: Nein, ich bin das Ende. Ich bin *kinderlos*. Ich werde den heiligen Faden jüdischer Überlieferung nicht weiterspinnen. Ich bringe meine Kinder eigenhändig dem Moloch der Assimilation dar. Mein Haus wird das Grab des Judentums. Wahrlich, es ist keine grundlose Selbstbezichtigung. „Die Hände barmherziger Frauen kochten ihre Kindlein" heißt es vom belagerten Jerusalem in den Klageliedern. Unsere liebevollen Väter und Mütter morden die *jüdische Seele* ihrer Kinder. Ruhig schauen sie zu, wie sie im westlichen Sumpf versinken, ohne einen Rettungsversuch zu machen, ohne nach *Hilfe zu rufen*. Wo ist Rettung, wo Hilfe?

In der *jüdischen Schule*, da ist Rettung, da ist Hilfe. Eine *Talmud-Thora* soll in München ins Leben gerufen werden. Männer von jüdischem Gewissen, denen heisser Dank der Gesamtheit gebührt, haben sich dieser heiligen Aufgabe unterzogen, dem Rettungswerk an der jüdischen Jugend. Bestrebungen, die seit Jahren im Gange sind, gehen nun der *Verwirklichung* entgegen. Sie ist nicht leicht. Mannigfache Hindernisse türmen sich dem Gelingen entgegen. Keine inneren, keine äusseren, sondern lediglich äußerliche. Die Opferwilligkeit unserer ortsjüdischen Brüder hat einen beträchtlichen Fond zusammengebracht, der das zu schaffende Werk auf Jahre hinaus finanziell sicherstellt. Auch die entsprechenden Räumlichkeiten, im gegenwärtigen Moment in der bayerischen Metropole keine Selbstverständlichkeit, stehen nunmehr zur Verfügung, auf den Einzug unseres jüdischen Kinderheeres harrend. Auch die Fragen rein *pädagogischer* Natur werden leicht eine befriedigende Lösung finden. Die Münchner Talmud-Thora soll eine religiös-nationale Schule werden, die ihren Zöglingen lebendige Kenntnis der jüdischen Lehre und unserer heiligen Sprache vermittelt. Bei strengster Wahrung der religiösen Grundlage soll unsere Talmud-Thora eine *moderne* Schule sein: *modern* in der auf neuesten pädagogischen Errungenschaften beruhenden Unterrichtsmethode, modern

in der inneren Organisation, modern in Ordnung und Aufbau. „Ein neuer Krug, der alten Wein birgt." Mit einem Worte: nach den besten und bewährten Mustern der heute im gesamten Ostjudentum, in Polen und Galizien sowohl wie auch in Rußland bestehenden Talmud-Thoras. Daß die Münchner Talmud-Thora keine „Schule" werden soll, wie sie etwa vor 50 Jahren in Polen und Galizien bestand, sollte doch jedem klar sein. Auch die Wahl der Leitung der Schule steht unter den günstigsten Auspizien; sie ist in die Hände eines Mannes gelegt, der sich wegen seines jüdischen Wissens nicht minder wie seines tiefen jüdischen Gemeinschaftsgefühls der Verehrung und Wertschätzung aller Kreise erfreut. Was noch an Meinungsverschiedenheit und Gegensätzlichkeit zurückbleibt, müßte vor der Lebenswichtigkeit der Aufgabe völlig in den Hintergrund treten. Was in Berlin, in Magdeburg, in Elberfeld, in Stuttgart gelungen ist, müßte auch in München gelingen. Oder soll das große Werk an Kleinlichkeiten scheitern? Soll das Rettungswerk an unserer jüdischen Jugend ausbleiben, weil man sich vielleicht nicht über die Farbe des Rettungsbootes einig werden kann, weil über den Vortritt dieses oder jenes am Werke Beteiligten gestritten wird? Der Hilfsruf drängt. Unsere Kinder wollen gerettet sein. Jede Versäumnis ist Pflichtvergessenheit, ist eine furchtbare Sünde gegen die jüdische Seele unserer Jugend, gegen den Bestand des Judentums. Des jüdischen Lebens ganzer Jammer packt uns an, wenn wir auch nur einen Augenblick daran denken, daß das große Werk an der Kleinlichkeit derer, die zu seiner Verwirklichung berufen sind, scheitern kann. Es soll nicht scheitern. Es wird nicht scheitern.

Die jüdische Autonomie in der Ukraine.

Von Efraim Sprach, Kiew.

Im Augenblick, wo die Juden der östlichen Länder daran gehen, sich auf nationaler Grundlage neu zu organisieren, mag es für sie nicht ohne Interesse sein, über die Geschichte der ersten Autonomie informiert zu werden, welche der Sieg der neuen Demokratie den Juden gebracht hat: ich meine die Autonomie der Juden in der Ukraine. Bis vor wenigen Tagen bestand freilich die jüdische Autonomie nicht mehr. Sie hatte sich für eine Zeit vor der Gewalt der fremden Bajonette zurückziehen müssen. Aber der Gedanke, daß die Autonomie allein das jüdische Leben sichern kann, hat sich heute in der Ukraine ausnahmslos bei allen Juden, Orthodoxen und Atheisten, Zionisten und Sozialisten, durchgesetzt, sodaß nach dem Sturz des Hetmans Skoropadski die neue ukrainische Regierung diese elementare Forderung der ukrainischen Juden sofort erfüllte.

Die Agitation für die jüdische Autonomie in Rußland hat lange vor der letzten Revolution eingesetzt. Sie hatte drei Ausgangspunkte: 1. Anerkennung der Juden als Volk; 2. den Gedanken, daß die Juden dort, wo sie wohnen, keine Gäste, sondern ein Element der Bevölkerung sind, das mit der übrigen Bevölkerung zusammen alle Befreiungskämpfe mitgemacht und sich so das Recht erkämpft hat, die errungenen Freiheiten mitzugenießen; 3. den Gedanken, daß nur die Revolution in Rußland zur jüdischen Freiheit führen kann.

Die Idee der jüdischen Autonomie war keine politische Spielerei, sondern verkörperte das blutigste Interesse des jüdischen Arbeiters. Der Arbeiter hatte z. B. in seinem Klassenkampf ein Lebensinteresse daran, daß die Institutionen, bei denen er Schutz für seine Rechte suchte, von Juden geleitet werden. Er hatte weiter Interesse an einer Fachbildung, brauchte aber als geborener Städter ganz andere Fachschulen als der russische, vom Dorfe stammende Arbeiter usw.

Ehe sich die Ukraine von Großrußland lossagte, wurde hier wie im übrigen Rußland unter den jüdischen Massen ein heftiger Wahlkampf für den jüdischen Kongreß durchgefochten. Dieser Kampf hatte ungemein segensreiche Folgen. Die Massen, die bisher an keinem politischen Leben teilgenommen hatten, wurden von Mann zu Mann aufgeklärt. Diese Wahlkampagne mußte abgebrochen werden, als die Ukraine sich von Rußland lossagte. An Stelle der geplanten jüdischen Konstituante für Großrußland trat der provisorische jüdische Nationalrat für die Ukraine. Er wurde durch den Beschluß der Rada vom 9. Januar 1918 ins Leben gerufen, in welchem den nationalen Minoritäten die Autonomie garantiert wurde. Gleichwie die ukrainische Rada nicht durch Wahlen, sondern durch Delegierte der Parteien zusammengesetzt wurde, so bildete sich dieser Nationalrat entsprechend der Zusammensetzung der jüdischen Parteien (drei sozialistische Parteien, Volkspartei, Zionisten, Orthodoxe). Als ausführendes Organ des Nationalrates wurde den Juden das Ministerium für jüdische Angelegenheiten eingeräumt. Das Ministerium hatte drei Departements: Bildungsdepartement (Schulwesen), Departement für allgemeine jüdische Angelegenheiten — diesem oblag der Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte der Juden, der Kampf gegen judenfeindliche Übergriffe der lokalen Behörden, gegen Pogrome usw. — und drittens das Departement für nationale Selbstverwaltung, das Neuwahlen in die jüdischen Gemeinden auf Grund des breitesten Wahlrechts für beide Geschlechter durchzuführen und damit der Autonomie erst die Basis zu geben hatte. Dieses Ministerium ist jetzt von Neuem wieder errichtet worden.

Das Ministerium hatte durch ein halbes Jahr existiert und in dieser Zeit eine Fülle von Arbeit geleistet. Man muß bedenken, daß die ganze Psychologie des Juden dieser Selbstverwaltung entgegenstand; der Jude war wohl gewohnt, Befehle der russischen Regierung zu befolgen, aber er mußte seelisch vollständig umlernen, um zu begreifen, daß ein jüdisches Ministerium mit jüdischer Amtssprache Regierungsrechte ausüben sollte. Aus den alten Kahalstuben, in denen ein paar Gemeindegewaltige nach freiem Gutdünken geschaltet hatten, wurden nunmehr demokratische Regierungsinstitutionen. In 192 Orten wurden derartige demokratische Neuwahlen eingerichtet, mehr als 100 jüdische Volksschulen eröffnet, mehr als 50 Bürgerschulen eingerichtet. Die Regierung bewilligte dem Nationalrat eine halbe Million Rubel für jüdische Lehrbücher, für Lehrer wurde ein zweimonatlicher Kurs durchgeführt, ein Lehrerseminar vorbereitet.

Die jüdische Autonomie war von der Demokratie erkämpft worden; als die Reaktion in der Ukraine siegte, mußte auch sie fallen. Am 14. Juli hob der Ministerrat die nationale Autonomie der Minoritäten auf, preußische Soldaten jagten die letzte Sitzung des Nationalrats auseinander. An Stelle des Ministeriums traten private Vereine. Die jüdische „Kulturliga" mit ihren 96 Sektionen, die zu Sukkot in einer Woche eine

halbe Million Rubel für Kulturzwecke aufbrachte und die hebräische Kulturgesellschaft „Tarbuth" führten das Kulturwerk, das die autonomen Institutionen begonnen hatten, weiter bis zu dem Augenblick, wo mit dem neuen Siege der Demokratie in der Ukraine auch die jüdische Autonomie neu erstanden ist.

Der Misrachi in Deutschland.

Aus Münch. Augudas-Kreisen wird geschrieben: „Ihr Berichterstatter aus Frankfurt a. M., dessen Notiz Sie in Nr. 5 Ihres geschätzten Blattes veröffentlicht haben, scheint über die Vorgänge innerhalb der ‚Agudas Jisroel' nicht gut informiert zu sein; jedenfalls ist sein Bericht so gefaßt, daß beim Leser Vorstellungen entstehen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Ich möchte daher zur Richtigstellung folgendes bemerken: Die Casseler Tagung hat gezeigt, daß zwischen Erwachsenen und Jugend innerhalb der ‚Aguda' volle Einigkeit herrscht, daß also auch die Aguda-Jugend gewillt ist, diese ‚separatistischen Wege' weiter zu wandeln. Unzählige Male wurde auf dieser Tagung der religiös-nationale Charakter des Judentums hervorgehoben, ebenso oft aber auch betont, daß für die Gesetzestreuen der Eintritt in die zionistische Organisation unmöglich ist. Der Satz: ‚Die jüdische Nation und die jüdische Religion bilden eine untrennbare Einheit', den Ihr Berichterstatter als Beweis für den neuen Kurs innerhalb der ‚Aguda' anführt, stammt von Herrn Dr. J. Breuer aus Frankfurt a. M. und begründet den ‚Separatismus' der Aguda. Hätte der Berichterstatter die Resolution, aus der er zitiert, genau gelesen, dann wäre ihm folgender Satz nicht entgangen: ‚Der jüdische Nationalismus hat mit dem politischen, im besonderen dem zionistischen Nationalismus nichts gemein'. Wenn der Berichterstatter sich darüber wundert, daß ‚sogar' in Anwesenheit des Herrn Rosenheim und ‚in Frankfurt selbst' die erwähnte Resolution gefaßt werden konnte, so sei erwähnt, daß Herr Rosenheim es war, der auf dem Casseler Delegiertentag den nationalen Charakter des Judentums betonte und von der Aguda nationale Betätigung forderte." M. A.

Misrachi und „Agudas Jisroel."

Von besonderer Seite geht uns nachstehend veröffentlichter Briefwechsel zwischen der Leitung des Misrachi und der „Aguda" zu, der nicht prinzipielles Interesse entbehrt. D. Red.

Berlin NW. 23, den 20. Januar 1919.

An die Schweizerische Landesorganisation der Agudas Jisroel,
Zürich (Schweiz).

Wie wir annehmen, ist bereits von der zionistischen Organisation in Kopenhagen die Nachricht an Sie gelangt, daß sie uns beauftragt hat, die weiteren Verhandlungen mit Ihrer Organisation von uns aus zu führen. Wir erfüllen gern die uns dadurch auferlegte Pflicht, zu dem von Ihnen und dem Kopenhagener Büro geführten Schriftwechsel nun unsererseits Stellung zu nehmen.

Bevor wir auf den Inhalt der verschiedenen Schreiben selbst eingehen, macht es uns eine ganz besondere Freude, vor allem zwei Tatsachen zu konstatieren: Erstens, daß führende Kreise der Agudas Jisroel zu dem Entschluß gekommen sind, mit der zionistischen Leitung in Verbindung zu treten, zweitens, daß die zionistische Organisation bestrebt ist, einen Weg zur gemeinsamen Arbeit zu finden, wie sie dies durch den uns gegebenen Auftrag bekundet.

In Ihrem ersten Schreiben haben Sie an die zionistische Leitung die Anfrage gerichtet, ob sie imstande und bereit ist, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, daß alle in Palästina zu treffenden öffentlichen Einrichtungen auf dem Boden der Torah, ihrer schriftlichen und mündlichen Gesetze, geschaffen und geführt werden. Das Kopenhagener Büro hat statt einer Antwort Bezug genommen auf die früher von der zionistischen Leitung abgegebene Erklärung, nach welcher die zionistische Organisation nichts unternehmen werde, was gegen das Religionsgesetz verstößt, hat aber im übrigen die Erteilung einer erneuten Erklärung abgelehnt, so lange nicht von den innerhalb der zionistischen Organisation organisierten Gesetzestreuen oder von den orthodoxen Massen des Ostens eine dahingehende Anfrage gestellt werde.

Es läge nun für uns nahe, unsererseits diese Anfrage aufzunehmen und sie an das Aktionskomitee zu richten. Wenn wir dies nicht tun, so geschieht dies darum, weil wir korrekterweise vom Aktionskomitee nur folgende Antwort erhalten können:

„Sie fragen uns an, ob wir bereit und in der Lage sind, eine religiöse Garantie zu geben. Eine Antwort, die wir Ihnen erteilen, wäre aber nutzlos, denn wir sind eine demokratische Organisation und können nicht wissen, ob die Führer von heute auch die Führer von morgen sein werden. Da wir aber eine demokratische Organisation sind, gibt es für Sie einen unbedingt sicheren Weg, Ihr Ziel zu erreichen: Veranlassen Sie möglichst zahlreiche Gesetzestreue zum Eintritt in die zionistische Organisation und majorisieren Sie uns!"

Die einzige Instanz, die bindende Erklärungen in der Zionistischen Organisation abgeben kann, ist der Kongreß. Unser Ziel muß also sein, auf den Kongreß mit derjenigen Anzahl von Delegierten zu kommen, die es uns ermöglicht, den Aufbau des Landes in dem Geiste zu beeinflussen, den wir für den wahrhaft jüdischen halten. Dazu kann uns nicht das Aktionskomitee verhelfen, wohl aber richten wir an diejenigen von der Agudas Jisroel, die noch nicht gleichzeitig unserer Organisation angehören, immer erneut die Aufforderung: „Wenn Ihr wollt, daß Palästina nicht nur dem jüdischen Volke, sondern auch dem jüdischen Geiste wiedergehören soll, dann helft uns durch Eintritt in unsere Reihen."

Dies wollen wir vorausschicken, damit Sie verstehen, wie unsere Stellung zur Frage von religiösen Garantien seitens der Zionistischen Organisation sei.

Was die Frage der praktischen Zusammenarbeit betrifft, so stehen wir grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die zukünftige Verwaltung Palästinas, wenn es dem jüdischen Volke als Heimstätte gegeben wird, von einer einheitlichen Organisation beherrscht sein kann, die sich auf das gesamte jüdische Volk stützt, nicht aber von mehreren Organisationen, auch wenn diese Hand in Hand arbeiten. Daß dies unsere Auffassung ist, ergibt sich ja schon aus der Tatsache, daß wir uns innerhalb der zionistischen Organisation zusammengeschlossen und nicht neben dieselbe gestellt haben! Wir sind selbstverständlich auch unsererseits gern bereit, alle Möglichkeiten zu prüfen, die sich für eine etwaige gemeinschaft-

liche Arbeit im heiligen Lande ergeben. Wir glauben aber, daß es nicht möglich ist, die ganze Fülle der hierbei sich ergebenden Fragen im Wege des Briefwechsels zu erledigen und schlagen Ihnen daher hierdurch die Beratung im Rahmen einer Kommission vor, für welche wir Sie bitten würden, drei Mitglieder zu ernennen, wie wir gleichzeitig auch die Zionistische Organisation bitten würden, ihrerseits ebenfalls drei Mitglieder zu ernennen.

Über Zeit und Ort des Zusammentritts würde sich unschwer eine Verständigung erzielen lassen.

Wir erwidern Ihre freundschaftlichen Grüße und zeichnen

hochachtungsvoll
Zionistische Föderation „Misrachi“
Zentralbüro
gez. Herm. Struck.

Zürich, den 30. Januar 1919.

An die Zionistische Föderation „Misrachi“
Zentralbüro
zu Händen des Herrn Herm. Struck,
Berlin.

Sehr geehrter Herr Struck!

Wir empfingen Ihr sehr geehrtes Schreiben vom 20. ds. Ohne unsererseits auf die Stellungnahme des Misrachi einerseits, der anderen gesetzestreuen Organisationen andererseits zum Zionismus vorläufig eingehen zu wollen, nehmen wir von Ihrem gefl. Vorschlag, demnächst eine gemeinsame Besprechung zwischen je drei Herren der Zionistischen Organisation und unserer Organisation zu veranstalten, mit Vergnügen Kenntnis.

Wir bemerken Ihnen jedoch ergebenst, daß demnächst hier in Zürich eine Besprechung der unabhängigen jüdischen Organisationen, die auf gesetzestreuem Boden stehen, stattfinden wird. Anläßlich dieser Besprechung wird bei Behandlung des Palästinaproblems auch zweifellos die Stellungnahme der Orthodoxie zum Zionismus eingehend erörtert werden und aus den dann zu fassenden Entschlüssen wird sich unsere definitive Stellungnahme zu Ihrem gefl. Vorschlag ergeben.

Wir werden dann nicht verfehlen, Ihnen auf schnellstem Wege Kenntnis zu geben von den hier gefaßten Entschlüssen und begrüßen Sie inzwischen in brüderlicher Gesinnung

mit ausgezeichneter Hochachtung
Zentralbüro der „Agudas Jisroel“
Isaak Rham, Dr. Lewenstein
Aktuar.

Berlin NW., den 8. Februar 1919.

An die Schweizerische Landesorganisation
der Agudas Jisroel,
Zürich (Schweiz).

Sehr geehrte Herren!

Den Empfang Ihres werten Schreibens vom 30. Januar bestätigend, geben wir unserer Genugtuung darüber Ausdruck, daß Sie unserem Vorschlage, eine gemeinsame Kommission zur Beratung über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit einzusetzen, Ihre Zustimmung geben. Wir können aber nicht verfehlen, unserem Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß Sie es für richtig gefunden haben, bei einer „Weltkonferenz“ der gesetzestreuen Verbände den Misrachi, der jetzt bereits mehr als 100 000 organisierte Anhänger umfaßt, unter dem deutlichen Hinweis darauf, daß er abhängig sei, auszuschalten. Die Verantwortung für die sich aus diesem Vorgehen ergebenden Konsequenzen müssen wir voll und ganz Ihnen überlassen. Wir können unmöglich annehmen, daß die Konferenz in dieser Beziehung den Standpunkt der Einberufer teilen wird, wenn anders sie wirklich den Anspruch erheben sollte, eine Vertretung der gesetzestreuen Juden zu sein.

Mit brüderlichem Gruße
ergebenst
Zionistische Föderation „Misrachi“
Zentralbüro
gez. Herm. Struck.

Weltkonferenz der Orthodoxie und „Misrachi.“

Von geschätzter misrachistischer Seite geht uns nachstehende Zuschrift zu, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten.

Wie zahlreiche Proteste, besonders aus dem Osten, beweisen, erregt es bei einem großen Teil der gesetzestreuen Judenheit das größte Befremden, daß zu der Tagung der orthodoxen Judenschaft in Zürich der Misrachi nicht zugezogen wird. Die Begründung, die der Brief der Agudah gibt, ist außerordentlich bedauerlich, da in einem Augenblicke, wo die gesamte Judenheit und endlich auch die Orthodoxie nach Einigkeit streben soll, ein neues Moment der Trennung hineingetragen wird und der Misrachi aus dem Grunde ausgeschlossen ist, weil er angeblich eine abhängige Organisation ist. — Die Zugehörigkeit des Misrachi zu der zionistischen Weltorganisation hat ihn noch nie gehindert, wie in der ganzen Welt bekannt ist, seinen orthodoxen Standpunkt frei, unabhängig und erfolgreich zu vertreten. Wie die Dinge jetzt liegen, muß es als vollkommen ausgeschlossen erachtet werden, daß die Züricher Tagung als wirkliche Vertretung der Gesamtorthodoxie angesehen werden kann. — Es muß dem Urteil der jüdischen Öffentlichkeit überlassen werden, ob es möglich ist, bei einer „Weltkonferenz“ der gesetzestreuen Organisationen den Misrachi, der heutzutage schon mindestens 100 000 organisierte Anhänger umfaßt, auszuschalten.

Von dem Gerechtigkeitssinn derjenigen Agudisten, die nicht eine Trennung, sondern die so bitter notwendige Einigung der glaubenstreuen Judenheit erstreben, darf wohl erwartet werden.

daß sie gegen die Ausschaltung des Misrachi auf der Konferenz selbst Protest erheben werden.

* * *

Wie das Jüdische Korrespondenz-Bureau im Haag mitteilt, wird die holländische Delegation, die an der Züricher Konferenz der Agudath-Israel teilnehmen wird (Oberrabbiner Vredenburg, Amsterdam; Oberrabbiner Justus Tal, Utrecht), den Standpunkt vertreten, daß eine Zusammenarbeit mit anderen orthodoxen Organisationen, und mit Organisationen, die auf nationaler Basis stehen, nicht abgelehnt werden darf. Sollte die Züricher Konferenz der Meinung sein, daß eine Zusammenarbeit mit Organisationen wie der „Misrachi" nicht möglich ist, so wird die Delegation der holländischen Oberrabbiner an den weiteren Beratungen der Konferenz nicht teilnehmen.

Ferner meldet das Bureau, daß noch folgendes Telegramm aus Holland an die Zionistische Organisation in London und an die Leitung der Agudas-Jisroel in Zürich abgesandt worden ist:

„Untergefertigte erachten es als dringende Notwendigkeit für das jüdische Volk, daß alle Gruppen an dem Aufbau der jüdischen Gemeinschaft in Palästina mitwirken können. Sie bieten Ihrer Organisation ihre Vermittlung an zum Zusammentritt einer Konferenz von Bevollmächtigten Ihrer Organisation und der Agudo (resp. Zionisten), die den Modus formulieren können, wonach die organisierte Orthodoxie an der zionistischen Palästina-Arbeit mitarbeiten kann. Die Basis erblicken sie in der Erklärung des ersten Zionistenkongresses über das Verhältnis zur jüdischen Tradition. Alle Mißverständnisse bezügl. dieser Erklärung können beseitigt werden.

gez.: Oberrabbiner Justus Tal, Utrecht; Rabbiner A. Ascher, Amsterdam; Prof. D. L. S. Ornstein".

Oberrabbiner Tal ist eine führende Persönlichkeit in der holländischen Orthodoxie, Rabbiner Asscher ist ein bekannter Misrachiführer und Prof. Ornstein ist Vorsitzender des Niederländischen Zionistenbundes.

Satzungen für die Gründung von Achusa-Gesellschaften.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau veröffentlicht die folgenden von der palästinensischen Abteilung des Zentralkomitees der zionistischen Organisation in Rußland, aufgestellten Satzungen:

Personen, die nach Palästina gehen wollen, um dort einen landwirtschaftlichen Betrieb, der hauptsächlich aus Pflanzungskulturen besteht, zu errichten, bilden gemäß den Gesetzen des Landes „Achusa"-Gesellschaften.

In Großrußland ist die für die „Achusa" passendste juridische Form die kooperative Genossenschaft.

Die Zahl der Mitglieder der „Achusa" muß so berechnet sein, daß die Verwaltung der Pflanzungen nicht zu schwerfällig und kompliziert wird. Es ist daher eine Gruppenbildung von 40 bis 75 Mann zu empfehlen.

Die Erwerbung sowie die Amelioration des Bodens sowie seine Bearbeitung bis zur ersten Fruchttragung, geschieht in gemeinsamer Wirtschaft.

Die „Achusa"-Genossenschaften bestehen auf der Grundlage der Entrichtung periodischer Mitgliederbeiträge, die die Kosten des Bodens, der Amelioration desselben und der Pflanzungskulturen decken müssen. Die Beteiligung jedes Mitgliedes mit 15 000 Rubel ist zu empfehlen.

Ein Mitglied kann sich höchstens mit drei Anteilen an der Genossenschaft beteiligen.

Die Zeitpunkte, an denen die Einzahlungen zu erfolgen haben, sowie die Höhe der Beträge werden derart festgesetzt, daß die nötigen Arbeiten rechtzeitig ausgeführt werden können. Es wird empfohlen, den ganzen Mitgliedsbeitrag (also etwa 15 000 Rubel) im Laufe von höchstens sechs Jahren einzubezahlen. Ein Teil des Bodens (etwa ein Drittel bis ein Viertel davon) muß unbepflanzt bleiben und wird den Mitgliedern der „Achusa" nach ihrer Einwanderung ins Land für Anbringung von Gemüsegärten und andere ähnliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Die Erwerbung des Bodens geschieht in Form von Kauf oder langjähriger Pachtung, je nach der künftigen Form des Bodenbesitzes im Lande. Die Erwerbung wird vom Palästina-Amt vermittelt.

Die erste Gründungsversammlung bestimmt die Größe der Anteile, die die Zeitpunkte der einzelnen Einzahlungen (jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich), die Zusammensetzung der Verwaltung und des Aufsichtsrates, der Revisionskommission, die Kompetenz dieser Organe, sowie Ort und Stelle der Aufbewahrung der Gelder.

Für die Erledigung der folgenden Fragen ist die Berufung der allgemeinen Versammlung obligatorisch:

1. Erwerbung des Bodens (Ort, Bedingungen usw.),
2. Größe der Bodenfläche.
3. Sanktionierung des allgemeinen Wirtschaftsplanes für die gemeinsame Wirtschaft.
4. für die Errichtung der palästienensischen Verwaltung der „Achusa" (Auswahl der Personen, Anstellungsbedingungen usw.).
5. Modus der Verteilung der Pflanzungen in einzelne Grundstücke und deren Überlassung an einzelne Mitglieder, nachdem die Bäume das volle Fruchtalter erreicht haben.
6. Bestimmung der Bedingungen, unter denen eine frühzeitige Aussonderung einzelner Mitglieder gestattet werden kann.

Jüdische Arbeit während der Periode der gemeinsamen Wirtschaft ist obligatorisch.

Es wird empfohlen, die Mitglieder beim Eintritt darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich der künftigen Form des Bodenbesitzes im Lande unterordnen müssen.

Gegensätze im „Hapoel - Hazair."

Auf der letzten Konferenz des Hapoel-Hazair in Jaffa kam es bei den Verhandlungen über die Programmfrage zu scharfen Meinungsäußerungen. Seit einiger Zeit machte sich nämlich innerhalb der Organisation eine Störung geltend, den Sozialismus als einen offiziellen Punkt in das Programm aufzunehmen. Die Vertreter dieser Forderungen begründen dies damit, daß sämtliche Mitglieder der Organisation ja ohnehin dem Sozialismus huldigen und sich als solche in den Dienst der Wiedergeburtsidee des jüdischen Volkes und des Landes stellen. Die Tatsache, daß der Sozialismus offiziell im Organisationsprogramm nicht erwähnt wird, gibt vielfach zu Mißverständnissen Anlaß, die den Gegnern aus den Arbeiterkreisen eine dankbare Waffe in die Hand geben, den Hapoel-Hazair als eine antisozialistische Bewegung zu be-

zeichnen. — Die Forderung der offiziellen Erklärung der Organisation als eine sozialistische hat eine starke Gegnerschaft hervorgerufen.

Der Delegierte Ben-Jakob hält die offizielle sozialistische Abstempelung der Organisation als dem Geiste des Hapoel Hazair widersprechend. Die Grundlage des Hapoel Hazair ist das Pioniertum, die Aufopferung der eigenen Interessen zugunsten des Arbeitsideals. Nicht der Lohn sei das maßgebende, sondern die Schaffung der Arbeit. 30 Mitglieder der Organisation waren als Landarbeiter in der Kolonie Sichron-Jakob tätig, sie erhielten einen Tagelohn von 1 Bischlick, der nicht einmal für das trockene Brot ausreichte, und mußten buchstäblich Hunger leiden. Als man ihnen den Vorschlag machte, nach der Kolonie Chedera unter weit günstigeren Bedingungen zu gehen, haben sie es einstimmig abgelehnt. Nicht wegen der günstigen Bedingungen nehmen sie die Arbeit in diesem oder jenem Orte auf, sondern wegen der Grundlegung der jüdischen Arbeitsmöglichkeiten an gewissen Plätzen. Es sei doch allen klar, daß die Kolonie Sichron-Jakob nur deshalb auf einem so niedrigen Niveau steht, weil es ihr an Arbeiterpionieren fehlt, die dem Ideal der jüdischen Wiedergeburtsidee treu ergeben sind. Der Redner findet es eigentümlich, daß der Hapoel Hazair plötzlich als eine sozialistische Organisation auftreten solle.

Der Delegierte Sasslawski erklärt:

Wir kamen hierher nicht als Proletarier, sondern als Pioniere. Unser Prinzip war bisher, unter Umständen mehr als die vereinbarte Arbeitszeit zu arbeiten, nur um das Höhere und Schöpferische der jüdischen Arbeit zu demonstrieren. Zerstören wir dieses Prinzip, so untergraben wir den Hapoel-Hazair.

Der Delegierte Schachat erklärt:

Das Pioniertum ist die Seele unserer Arbeit. Wir haben im Lande noch nicht die Bedingungen, um ein Proletariat aufnehmen zu können. Das Land ist wüst. Unsere einzige Aufgabe ist die: Von der Stadt in das Dorf zu gehen, sich an die schwierigen klimatischen Verhältnisse zu gewöhnen, zu fiebern, zu leiden, um nur nicht die Hilfe der öffentlichen Institutionen anzunehmen.

Eine sehr scharfe Rede gegen die Aufnahme des sozialistischen Prinzips in das Programm hält einer der angesehensten Arbeiterführer Elieser Jaffe.

Der junge Dichter Ziegel tritt für das sozialistische Programm ein. All die sozialistischen Forderungen haben ihren Ursprung nirgends anders als in unseren heiligen Quellen, in unserem Volksgeiste, im Geiste unserer Propheten und Denker. Es muß unser Sozialismus sein.

Auch die weiteren Gegner des sozialistischen Programms erklären einstimmig: Niemand von uns ist und kann ein Gegner des Sozialismus sein; aber wir wollen unser Pionierideal nicht durch Programme und Paragraphen einschnüren. Es soll ein freier Geist in unserer Arbeit herrschen.

Für die Annahme des sozialistischen Programms sprechen sich insbesondere die Delegierten Feldmann, Fränkel, Temkin, Schapiro aus. Einige Delegierte schlugen der Konferenz bereits ausgearbeitete Programme und Resolutionen vor. Die Konferenz beschloß aber, sämtliche Resolutionen und Programme den galiläischen und judäischen Komitees des Hapoel-Hazair zu übermitteln. Im Verlaufe von zwei Monaten sollen sämtliche Vereine und Gruppen im Lande die Möglichkeit haben, über die vorgeschlagenen Resolutionen zu beraten, damit die im Monat Adar II staattfindende Konferenz ihre Entscheidung treffen kann.

Eine Schrift Balfours zur Judenfrage.

Das Jüdische Korrespondenz-Bureau publiziert folgenden Auszug aus dem Vorwort Balfours zu Nahum Sokolows Buch: Die Geschichte des Zionimus:

„Es scheint deutlich zu sein, daß der Zionismus das Los der jüdischen Rasse mildern wird. Die Juden, die nach Palästina gehen, werden nicht denen gleichen, die nach London oder New York kommen. Sie werden nach Palästina gehen, um sich einer bürgerlichen Gemeinschaft anzuschließen, die vollkommen mit den historischen und religiösen Gefühlen der jüdischen Rasse harmoniert. Diese Gemeinschaft wird mit dem Lande, das sie bewohnt, verwurzelt sein. Der materielle Gewinn wird wahrscheinlich groß sein.“ Auch die Times vom 12. Februar publiziert einige Auszüge aus diesem Vorwort und bemerkt, daß die Interessen der palästinensischen Judenheit auf der Friedenskonferenz in Balfours Hand liegen.

Die jüdischen Forderungen auf der Friedenskonferenz.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ meldet, daß die Friedenskonferenz vermutlich beschließen werde, die Herrschaft über Palästina Großbritannien zu übertragen. Die Juden hätten sehr mäßige Ansprüche wegen der Grenzen des neuen Staates gestellt. Sie sind durchaus nicht von dem Verlangen erfüllt, die wohlerworbenen Rechte der Nachbarn anzugreifen. Das Gebiet Palästinas dehne sich unter britischer Flagge an den beiden Ufern des Jordans aus, schließt aber kein Wüstengebiet in sich. Es grenzt an den Lauf der Hedschasbahn. Die Anerkennung der jüdischen Rechte schließt auch nicht Damaskus ein, das als Hauptstadt Arabiens anerkannt wird. Es ist also das alte historische Palästina mit bestimmten Änderungen wirtschaftlicher Art, sowie der vollständige Besitz der wichtigsten Wasserwege, was die Juden fordern. Man kann daher annehmen, daß nördlich von Damaskus das französische Protektorat von Syrien in Übereinstimmung mit den geschichtlichen Forderungen der Franzosen beginnen soll, die diese Schutzherrschaft auf die Kreuzzüge zurückführen, was in moderner Anwendung den Schutz der Christen bedeutet.

Der Direktor der jüdischen „Zeit“ in London, Morris Myer, der gegenwärtig in Paris weilt, telegraphiert seinem Blatt, daß die zionistischen Forderungen dieser Tage der Friedenskonferenz vorgelegt werden sollen. Die amerikanischen und englischen Zionisten sind zum vollen Einverständnis gekommen. Wie er erfährt, werden die zionistischen Forderungen die weitgehendste Unterstützung der politischen Kreise finden.

Laut einer Pariser Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau, ist der zionistische Plan in Bezug auf Palästina am Montag, den 10. Febr. der Friedenskonferenz vorgelegt worden. Das Dokument ist von Vertretern der zionistischen Weltorganisation (namens der amerikanischen Zionistenorganisation von Jakob de Haas und Bernhard Flexner) von Vertretern der russischen Zionistenföderation und der palästinensischen Juden unterzeichnet worden.

Gemeindewahlen in Stuttgart.

Aus Stuttgart wird geschrieben:

Die von der hiesigen Gemeinde ausgeschriebenen Neuwahlen haben in sehr weiten Kreisen scharfen Widerspruch gefunden. Sowohl durch die Ausschaltung des Proporzes, der Frauenstimmen und der Stimmen der Jugend von 20—25 Jahren scheint man sich dem Geiste der Demokratie entgegenstemmen zu wollen. Den schärfsten Widerspruch aber muß die Bestimmung erfahren, wonach nur d i e ausländischen Gemeindemitglieder aktives und passives Wahlrecht haben, die 5 Jahre Mitglieder einer württembergischen Gemeinde sind. Nicht nur weil dadurch der größte Teil der Auslandsjuden von den Wahlen ausgeschaltet wird, worauf die Verordnung übrigens abzuzielen scheint, sondern weil dies die schärfste moralische Verletzung des Sinnes einer israelitischen Religionsgemeinschaft ist. Bei einer israelitischen Religionsgemeinschaft ist nur das Bekenntnis zur jüdischen Religion ausschlaggebend. Staatsangehörigkeit und Dauer des Aufenthaltes spielen überhaupt keine Rolle. Auf einer Versammlung der Ostjuden Stuttgarts wurde das Verhalten der Gemeinde scharf gegeiselt und auch in der Gemeindeversammlung vom 28. Januar kam der Widerspruch zum Ausdruck. Es mußte Befremden erregen, wenn ein Mitglied des Kirchenvorsteheramtes betont, daß er ein demokratisches Wahlrecht erstrebt habe, aber auf zu großen Widerstand innerhalb der Gemeindevorsteher gestoßen sei, und wenn ganz kurze Zeit darauf ebenfalls ein Gemeindevorsteher ausspricht, daß die Schuld am Wahlrecht an der Regierung, also an äußeren Faktoren liege. Jedenfalls zeigt dies, daß man nicht mit offenem Visier kämpft, und daß man kein ganz reines Gewissen hat.

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Der Misrachi in Palästina. Das Zentralkomitee des Misrachi in Jaffa entwickelte in letzter Zeit eine ungewöhnlich energische Tätigkeit. Der Misrachi begründete ein besonderes Bureau in Tel Awiw und wählte den bekannten Schriftsteller R. Benjamin (Jehoschua Feldmann) zum besoldeten Sekretär. Fast täglich finden Sitzungen statt. Versammlungen werden des öfteren organisiert, in denen zu allen Fragen des palästinensischen Lebens Stellung genommen wird.

Als ein besonderes Verdienst des Misrachi darf die Organisierung der jungen palästinensischen Juden, die im Geiste des alten Jischuw erzogen sind, hervorgehoben werden. Der Verein Hazair Haerez Israeli (der junge Palästinenser) existiert bereits seit einigen Jahren, war aber fast völlig eingegangen. Der Misrachi nahm sich des Vereins an, und in kurzer Zeit gelang es ihm, eine lebensfähige und straffe Organisation zu schaffen. Der Verein arbeitet zwar selbständig, steht aber in engem Kontakt mit dem Misrachi, der auf diese Weise die abseits stehenden Elemente dem zionistischen Gedanken zugeführt hat. Letztens hat der Misrachi mehrere Delegierte als Propagandisten nach Samaria und Galiläa geschickt. Die Delegierten haben fast sämtliche Städte und Kolonien besucht und eine lebhafte Propaganda entwickelt.

England.

Die englische Presse über die Pogrome. Aus London wird unter dem 10. Februar gemeldet: In einer Besprechung des ersten offiziellen Berichts von Israel Cohen, der von der englischen Zionistenförderation zur Untersuchung der Pogrome nach Galizien und Polen entsendet wurde, schreiben die „Times“ von heute, daß dieser ausführliche und detaillierte Bericht, alle bis jetzt von anderer Seite herrührenden Berichte an Ausführlichkeit und Genauigkeit übertrifft. Die Polen sind daran schuld, den Pogromen kein Ende bereitet zu haben. England und der Völkerbund müssen hier eingreifen. Wenn die Großmächte Polen gegen auswärtige Feinde helfen, so haben sie das Recht zu verlangen, daß im Inlande Gerechtigkeit walte. Es ist die Pflicht der Mächte, Polen zur Ordnung zu rufen und zu verhindern, daß das neue Freiheitsbanner, das ihnen unbefleckt übergeben worden ist, durch sie nunmehr beschmutzt wird.

Auch der „Manchester Guardian“ bespricht den Bericht Israel Cohens und protestiert energisch gegen die Pogrome, für die die polnische Regierung die volle Verantwortlichkeit trage.

Der Bericht Israel Cohens hat in der gesamten öffentlichen Meinung Englands großes Aufsehen

erregt, da nunmehr unanfechtbar festgestellt wurde, daß die polnische Regierung an den letzten Ereignisen mitschuldig gewesen ist. Die Frage wird nunmehr bei der Friedenskonferenz ihren endgültigen Abschluß finden müssen.

Frankreich.

Empfang der amerikanischen Zionistendelegation in Paris. Wie „Le Peuple Juif" berichtet, wurde die amerikanische Zionistendelegation bei ihrem Eintreffen in Paris festlich aufgenommen. Herr Hechter, der Vorsitzende der französischen Zionistenföderation, hielt die Begrüßungsrede. Nach ihm sprach Dr. Simon Ginsburg, der zweite Vorsitzende, Herr Simon Rosenbaum, der als litauischer Abgesandter erschienen war, und die Herren M. N. Slousch, Viktor Basch und Dr. Stephen Wise.

Polen.

Parteitag der „Poale-Zion" in Polen. Ende vorigen Jahres wurde in Warschau der erste öffentliche Parteitag der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Poale Zion) abgehalten. Anwesend waren 150 Delegierte aus 91 Städten, eine Delegation der Poale Zion in Westgalizien, Vertreter des Bureaus des allweltlichen Verbandes der Poale Zion, der Bruderparteien in Rußland, Östereich und Deutschland, sowie eine überaus große Anzahl von Gästen aus Polen und dem Auslande.

Rumänien.

Protest gegen das Judengesetz. Das Zentralkomitee des Verbandes einheimischer Juden veröffentlicht in den Bukarester Zeitungen eine Erklärung, in der er aufs schärfste gegen das neue Judengesetz der rumänischen Regierung protestiert und außer der eigentlichen Emanzipation proportionelle Vertretung sowie religiöse und kulturelle Autonomie fordert.

Literarisches Echo

Ost und West, Illustrierte Monatsschrift für das gesamte Judentum. Jahrgang 19. Heft 1/2.

Als unerfreuliche Begleiterscheinung des Krieges mußten wir die Einschränkung auch auf dem Gebiete der bildenden Kunst und ihrer Verbreitung hinnehmen. Insbesondere die Vervielfältigung litt und leidet unter den sattsam bekannten Erschwerungen. Da ist es sehr erfreulich, wenn das Bestreben nach Fortführung guter Tradition sich dadurch nicht abschrecken läßt. Der rührige Verlag Leo Winz tritt mit dem 19. Jahrgang der illustrierten Monatsschrift „Ost und West" in diesem Jahre vor das literarisch, künstlerisch und wissenschaftlich interessierte jüdische Publikum, um die im Kriege vielfach gestörte Regelmäßigkeit der Erscheinungsform wieder aufzunehmen. Das erste Doppelheft zeigt uns in der bewährten Ausstattung und Durchführung das uns seit Jahren liebgewordene Bild einer wirklich gediegenen Kunstzeitschrift. Von Joseph Budko wird uns als versöhnender Nachklang der nun beendeten rauhen Zeit ein Holzschnitt-Blatt vorgeführt. Darstellung und Text wollen den Trost des Propheten Jeremias im 31. Kapitel, 16./17 Vers übermitteln. In der eindringlichen, auf guter Kunstüberlieferung beruhenden Art des unseren Lesern nicht mehr unbekannten Graphikers wird der Hoffnungsspruch des Herrn an die klagende Mutter Rahel lebendig. Durch die im besten Sinne sich an die alte Holzschnittkunst anschließende Technik wird dabei eine vollkommene Geschlossenheit des Bildeindrucks mit der Textanordnung erzielt.

Mit mehreren Schaffensproben der dem deutschen Publikum leider bisher unbekannten Malerin Malva Schalek tritt diese junge Künstlerin als geschlossene Persönlichkeit vor uns. Aus den Bildnissen wird die in ihrem Wirkungskreise sehr geschätzte Künstlerin am stärksten zu uns sprechen. Die Erfassung der Persönlichkeit gelingt ihr in hervorragendem Grade. Aus des Münchener Walther Thor' Schule hervorgegangen, hat sie eine für die sonstige Wiener Porträtkunst — leider! — noch nicht bezeichnende Festigkeit der Behandlung. Damit erhebt sie sich aus dem Rahmen des lokalen Schaffens. Ihre verständnisvolle Verlebendigungskraft tritt uns am Klarsten in einer ihrer Interieur - Schilderungen entgegen. Dem scheinbar Toten wahre Existenz zu geben, ist Prüfstein ihres künstlerischen Beseelungsvermögens.

Neben diesem sehr repräsentativen Inhalt künstlerischer Gestaltungen bietet der jüdisch-instruktive Text den zahlreichen Freunden der Zeitschrift genug Anlaß zum geistigen Genuß. Ein jüdisches Volkslied in der Bearbeitung Arno Nadels führt auch auf diesem Gebiete die Tradition des Verlags weiter.

München. Theo Harburger.

Das Buch Jiob mit Übersetzung und Erläuterung von David Dawidowicz. Berlin. C. A. Schwetschke & Sohn. Preis 8 Mark.

Die neue Übersetzung des Hiob-Buches stammt von dem trefflichen Posener Arzt Dr. K. Jeremias, dem leider so früh verstorbenen Führer der Posener Zionisten. Jeremias bemüht sich mit Ge-

schick, durch seine Übersetzung schon die teilweise recht dunkeln Stellen des Buches dem Verständnis des Lesers zu erschließen, wobei er zuweilen sich nicht streng an den Wortlaut des Originals hält. — Der zu den einzelnen Versen gegebene Kommentar von Davidowicz ist eine Übersetzung des 1. Teils eines von dem Verfasser unter dem Namen „Chidoth mini Kedem" (Rätsel aus dem Osten) vor einigen Jahren in hebräischer Sprache veröffentlichten Hiob-Kommentars. Er ist als solcher noch unvollständig, da an zahlreichen Stellen nur Fragen aufgeworfen werden, die in dem zweiten (wohl systematischen) Teil des Buches ihre Behandlung finden sollen. Das gilt vor allem von den „mystischen" Figuren des „Rätselbuches". (Z. B. Satan, Leviathon, Behemoth usw.) Ein abschließendes Urteil läßt sich daher erst fällen, wenn das ganze Buch vorliegt. Die Anmerkungen des 1. Teils suchen neben dem einfachen Wortsinn meist den ethisch-religiösen der Reden zu erklären, vielfach im Anschluß an ältere jüdische Quellen. Um einen eigentlich wissenschaftlichen Kommentar handelt es sich nicht. Nur gelegentlich sind grammatikalisch-wissenschaftliche Erläuterungen eingestreut.

Neue Bücher.

Max Brod, Das gelobte Land, Kurt Wolf, Verlag Leipzig.

Mendele Mocher Sforim, Fischke der Krumme, ein jüdischer Roman, deutsch von Alexand. Eliasberg, R. Löwit Verlag, Wien-Berlin 1918, Preis K. 8.— = Mk. 6.— brosch., K. 10 = Mk. 8.— geb.

Irma Singer, Das verschlossene Buch, mit Nachwort von Max Brod, R. Löwit Verlag, Wien-Berlin 1918.

S. Zemach, Jüdische Bauern, R. Löwit Verlag 1918.

Jos. Feiner, Gewissensfreiheit und Duldung in der Aufklärungszeit, Verlag von Gustav Engel, Leipzig 1919.

Programm und Dokumente des allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verbandes Poale-Zion, herausgegeben vom Sekretariat der Poale-Zion-Gruppen in Deutschland, Berlin N. 24, Preis 60 Pfg.

Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden, stenograph. Bericht üb. einen Erörterungsabend d. Verbandes d. jüd. Jugendvereine Deutschlands u. s. Berliner Ortsgruppe am 18. Dez. 1918 zu Berlin, Verlag von Louis Lamm, Berlin 1919.

Dr. Walter Liek, Der Anteil des Judentums am Zusammenbruch Deutschlands, Verlag J. F. Lehmann, München.

Das demokratische Deutschland, Heft 9: Kanzow über den Antisemitismus, Verlag Boll & Pickardt, Berlin, 40. Pfg.

Elisabeth Freifrau von Kramer, Gewissensfragen a. d. deutsche Frau, Volksverlag München 1918.

Dr. Arnold Nossig, Zur Lösung des Palästinaproblems, Vorschläge für die Friedenskonferenz u. d. Völkerbund, Verlag R. Löwit, Wien-Leipzig, Preis brosch. Mk. 1.—.

Sämtliche Bücher sind zu beziehen durch A. Wertheimer, Hebr. Buchhandlung, München, Westenriederstraße 4/I.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Persönliches.

Herr Jakob Fränkel, Vorsitzender des Süddeutschen Gruppenverbandes und Kassenwart der Zionistischen Ortsgruppe München, hat durch das Ableben seiner Gattin einen schweren Verlust erlitten. Wir sprechen unserem geschätzten, um die zionistische Arbeit hochverdienten Gesinnungsgenossen unsere herzliche Teilnahme aus.

Aus der Kongreßbewegung.

Das Berliner Lokalkomitee des Kongreßausschusses veranstaltete am 27. Januar im großen Saal des im Westen Berlins gelegenen Brüdervereinshauses eine öffentliche Versammlung, in der Herr Nahum Goldmann die Bedeutung und Notwendigkeit des jüdischen Kongresses in eindrucksstiefen Darlegungen behandelte.

„Der Kongreßgedanke", so begann der Redner, „ist so einleuchtend, so einfach in seiner Größe, daß er als selbstverständlich gelten sollte. In der Tat ist er auch Gemeingut der überwiegenden Mehrheit der Gesamtjudenheit geworden, die sich in der Forderung nach einer selbständigen nationalen Politik des jüdischen Volkes vereint hat. Bisher kannte die wandlungsreiche Diaspora-Geschichte eine solche Politik nicht. Über die Schicksale des Judenvolkes entschieden stets andere Machtfaktoren, für die es lediglich ein Objekt willkürlicher Verfügung bildete. Die Ursache dieses entwürdigenden Zustandes lag in dem Mangel einer politischen Organisation der Juden. Das Judentum hat sich trotzdem erhalten durch die einigende Kraft des Solidaritätsgefühls. Da kam vor einem Jahrhundert die Emanzipation der Westjuden, die in ihrer rechtlichen Stellung einen wesentlichen Fortschritt, für die Entfaltung des jüdischen Eigenlebens einen verhängnisvollen Rückschritt bedeutete. Sie lockerte die inneren Gemeinschaftsbande des Judentums und hätte in ihren weiteren Auswirkungen zu seinem Untergang geführt, wenn nicht die moderne jüdische Bewegung, mit der eine Politisierung des Judentums einsetzte, eine Regeneration gebracht haben würde. Dieser Politisierungsprozeß hat im Kriege seine Vollendung gefunden. Die Judenheit fast aller Länder hat in autoritativen Vertretungen, Kundgebungen und Manifestationen einmütig nationale Forderungen aufgestellt. Ein jüdisches Friedensprogramm wurde festgesetzt. Das jüdische Volk will als handelndes, über sein Schiksal selbst bestimmendes Subjekt im Weltgeschehen auftreten. Und der Ruf seines nationalen Willens sollte von vollem Erfolg gekrönt werden:

Die Großmächte haben ihm Gehör geschenkt. Auf dem Friedenskongreß wird eine jüdische Delegation die nationalen Forderungen des jüdischen Volkes vertreten. Noch fehlt aber die gesamtjüdische Repräsentanz, die über der Verwirklichung und Durchführung dieser Forderungen dauernd wachen soll; der jüdische Weltkongreß, das jüdische Parlament, wird diese Aufgabe zu erfüllen haben. Die Vorstufen dazu bilden die zum Teil bereits realisierten jüdischen Kongresse in den einzelnen Ländern, aus denen der jüdische Weltkongreß hervorgehen wird. Der jüdischen Kongreßbewegung, die sich überall durchgesetzt hat, muß sich nun auch die deutsche Judenheit an-

schießen, soll sie nicht vom Gesamtjudentum isoliert bleiben. Sie muß erklären, daß sie die neue Epoche mitmachen will. Diese Epoche im Zeichen der Politisierung des Judentums, — und das bedeutet Nationalisierung! Nur Nationen, Volkskörperschaften führen jetzt Politik. Die Nationalisierung des Judentums ist ein realpolitisches Erfordernis, nicht Gegenstand unfruchtbarer Diskussionen über den Begriff Nation, Volk, Konfessionsgemeinschaft usw. Das Judentum, dieses Phänomen der Weltgeschichte, ist so einzigartig, daß es mit einer modernen Formel nicht erschöpfend definiert werden kann. Das Bedenken, daß das Bekenntnis zum jüdischen Volkstum nicht im Einklang mit dem Patriotismus stünde, ist ein spezifisch deutsch-jüdisches und hängt mit dem nunmehr überwundenen altpreußischen Staatsbegriff zusammen, der eine Verknüpfung der Staatsbürger mit außerhalb des Staates liegenden Sphären nicht zuließ. In freien Ländern herrschen solche engbegrenzten Auffassungen nicht vor. Sind denn die englischen und amerikanischen Juden, die sich zu den jüdisch-nationalen Forderungen bekannt haben, etwa keine guten Patrioten? Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch die deutschen Juden den Weg zum lebendigen Judentum gehen werden. In dem Kongresse werden sie ihren Anschluß an die geeinte jüdische Volksgemeinschaft vollziehen!"

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten machten ersichtlich einen tiefen Eindruck auf das zahlreiche Publikum, in dem man auch viele Mitglieder des „Centralvereins", der Logen und anderer jüdischer Organisationen bemerkte. In der anschließenden Debatte erklärte u. a. ein alter Veteran des „Centralvereins", Herr Hofstaedt, er sei ein heißer deutscher Patriot, habe den Krieg 1870 als Freiwilliger mitgemacht, gehöre zu den ältesten und aktivsten Mitgliedern des „Centralvereins", er bekenne sich jedoch uneingeschränkt zur Solidarität der jüdischen Gemeinschaft und zum jüdischen Kongreßgedanken. Gleichzeitig lud er Herrn Goldmann ein, auch im „Centralverein" den Kongreßplan zu behandeln, und stellte dabei seine tatkräftige Mitwirkung in Aussicht. Herr Kareski wies sodann in eindringlichen Worten auf die welthistorische Bedeutung der gegenwärtigen Schicksalsstunde für das jüdische Volk hin. Nachdem noch Herr Goldmann in Erwiderung auf die Einladung des Herrn Hofstaedt bemerkte, daß er und die anderen Verfechter der Kongreßidee auf die Gelegenheit warteten, sie in den Kreisen des „Centralvereins" erörtern zu können, schloß der Vorsitzende, Herr Dr. Albert Goldberg, die eindruckvoll verlaufene Versammlung, aus deren Mitte mehrere hundert Personen ihre Zustimmung zum jüdischen Kongreß schriftlich erklärten.

Pforzheim. Nachdem bereits vor 8 Tagen in Pforzheim eine zionistische Propagandaversammlung stattgefunden hatte, sprach am 6. Februar Herr Dr. Rosenfeld-Karlsruhe über den Zionismus nach dem Kriege. Der Redner fand für seine sachlichen Ausführungen starken Beifall. In der Diskussion sprach von antizionistischer Seite Herr Lehrer Sommer, der in gewundenen Ausdrücken den Standpunkt des Zentralvereins verteidigte. Von zionistischer Seite sprach Herr L. Lichtinger aus Stuttgart, der auch die Assimilierung des Gottesdienstes an die Kirchen betonte; an die Jugend wandte sich in kurzen Worten Herr J. Preßburger, der zufällig in Pforzheim anwesend war. Weiter beteiligten sich an der Diskussion die Herren Metzger und Stern, welch letzterer die Denkweise der Pforzheimer Assimilanten klarlegte. Hierauf wurde zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten, zu der sich von den anwesenden ca. 130 Personen annähernd 60 anmeldeten. In den Vorstand wurden gewählt u. a. Stern, Kaplanski als Vorsitzende, Dr. Sommer als Schriftführer, Frl. Sommer, N. F. Schr., Herr Schauer, Kassier.

Regensburg. Dienstag, den 11. Februar 1919, abends 8 Uhr, fand in der Regensburger zionistischen Vereinigung ein Vortragsabend mit Diskussion statt, an dem Herr Direktor Kareski aus Berlin in inhaltlich überzeugender und äußerlich formvollendeter Weise vor relativ zahlreichen Zuhörern über die Forderungen des jüdischen Volkes an den Friedenskongreß sprach. In der nachfolgenden Diskussion sprachen dagegen die Herren Rgr. Isaak Meyer und Herr Jakob Meyer, dafür Frau Dr. Paula Weiner. Als Resultat des Abends sind 6 Neuanmeldungen von Mitgliedern zu verzeichnen. —r.

Würzburg. Kürzlich hatte die neu gegründete Zionistische Ortsgruppe die erste öffentliche Versammlung einberufen. Herr Georg Kareski-Berlin sprach vor einem für hiesige Verhältnisse sehr zahlreich erschienenen Publikum über die „Forderungen des jüdischen Volkes". Der Redner gab ein anschauliches Bild der Entwicklungsgeschichte des jüdischen Volkes, der Zeit der Judenemanzipation, des geistigen Antisemitismus der 80er Jahre und kam dann auf die heutige Lage zu sprechen. Er sieht nur eine Lösung des Problems: Bejahung des jüdischen Volksgedankens, die treueste Erfüllung unserer Staatsbürgerpflichten in keiner Weise ausschließt. Alsdann legte er die Forderungen des jüdischen Volkes auf der Friedenskonferenz dar, die von den Juden aller Länder anerkannt sind. Wir erwarten auch von den deutschen Juden, daß sie mithelfen an den Aufgaben des jüdischen Volkes, an dem Aufbau Palästinas. — Die sich anschließende rege Diskussion mußte leider wegen Eintritt der Polizeistunde abgebrochen werden. Reicher Beifall lohnte die begeisterten Worte des Redners, der im Schlußwort noch die Einwände der Gegner überzeugend widerlegen konnte.

Nürnberger Spendenausweis. Nationalfonds: Just. Vorhaus anl. d. Hochzeit s. Sohnes M. 50.—. Agatha Loewi, Adelsdorf i. Oberfranken anläßlich d. Todes ihres Mannes M. 5.—. Justin Selling, Lehrberg anläßlich seiner Verlobung 5.—. Dr. Martin Levin, Nürnberg, bezahlter Friedensscheck 100.—. J. Sternau, Neustadt a. Aisch 5.—.

Philipp Heymann Garten: Ad. Schuhmann u. Fr. dank. d. Vorstandsch. d. Z. Ogr. Nbg.-F. sowie den Gesinnungsgenossen f. d. Glückwünsche 1 Baum M. 6.—.

Dr. Heinrich Schwab-Garten: Aus Anlaß des Ablebens der Frau Fränkel pflanzt der Jüd. Turn- und Sport-Verein 3 Bäume = M. 18.—. Gesammelt b. einer Vorstandssitzung auf den Namen von Frau Klara Fränkel je 1 Baum: Dr. Elias Straus, Theo Harburger, Apotheker Lewin, Ludw. Langenbach, Jos. Schachno, Dr. Siegbert Feuchtwanger, Elis., Michel u. Hermann Mahler, Dr. L.

Ambrunn, Jakob Reich, Dr. Stahl, zus. 10 Bäume 60.—.

Gold. Buch Michel Mahler-Dora Fleischer: Arnold Kohn grat. herzl. Michel Mahler 3.—.

Gold. Buch Blau-Weiß München: Familie Goldner aus Freude über die Genesung ihrer Tochter Fany M. 10.—.

Gold. Buch Paul Ordenstein Nürnberg: R.A. Stern, Zahnarzt Singer, P. Ordenstein, R.A. Kapf, R.-Prakt. Thalmann grat. Arn. Marlé u. Gattin z. Erstgeb. M. 12.—.

Gold. Buch Nathan Kahn: H. Friedmann u. Fam. Lipper grat. Ad. Schuhmann z. Geb. d. Tochter 4.—. Fam. Lipper u. S. Heinemann grat. Fritz Vorhaus z. Verm. 3.—. Ad. Schuhmann anl. d. Geb. s. Tochter Lotte 25.—. Adolf Schuhmann grat. Herrn u. Fr. Alb. Ellern nachtr. 1.—.

Gold. Buch Karl Wolf s. A. Köln: Fr. A. Katz dankt Fam. Elkan. Dr. K. Cahn, Dr. Leon und Dr. Bamberger f. Kondol. 5.—.

Büchsenleerung in Nürnberg: J. Friedmann 20.—, A. Öttinger 3.22, Fam. Felheim 10.—, Fr. Keiner 5.—, H. Silbermann 3.10, El. Schönthal 1.—, H. Dingfelder —.99, C. Boskowitz 10.—, L. Schwab 2.—.

Büchsenleerung im Trauerhaus: Fam. L. Meth 9.10, Ella Sommerich 9.08, Dr. med. S. Mayer 5.—, Dr. C. Bloch 2.12.

Büchsenleerung in Fürth d. Leopold Birnbaum: M. Kohen 2.73, Fleischmann 8.75, Wolk 1.20, David Farntrog 2.27, B. Holzmann 2.60, R. witsch 3.27, Gebr. Steinwell 5.10.

Büchsenleerung in Hüttenbach bei Lauf a. P. durch Frl. Helene Heiligenbrunn: Isaak Lamm 4.—, Klara Heiligenbrunn 6.60, E. Isner 4.50, J. Hutzler 7.13, Moritz Rosenthal 1.50, L. Hutzler 8.64, M. Hutzler 2.73, Paula Hirschmann 3.—, Bella Hirschmann 13.90, Charlotte Burkhardt 1.—.

Hilfsaktion für die Pogromopfer: Übertrag: 4689.—. Gustav Sachs 100.—. M. Schneuer 20.—. Dch. Lehrer Jakob Leopold in Ingolstadt von nachst. Ingolstädter Familien: D. Schloß 20.—, Hammelbacher 5.—, L. Leopold 10.—, Berthold Schweizer 20.—, Therese Schweizer 10.—, Alfred Kuhn 20.—, N. Gutmann 10.—, H. Brasch 20.—, D. Hubert 20.—, Jul. Hermann 10.—, Kiesel 5.—, E. Herz Wwe 20.—, L. Pappenheimer 20.—, Ruckensteiner 10.—, S. Prölsdörfer 20.—, M. Möllerich 30.—, Sann 25.—, Schimmel 20.—, Schülein 20.—, Gunzenhäuser 20.—, Cohn 20.—, Nußbaum 5.—, Dr. Lucks 10.—, Friedmann 20.—, Weinmann 20.—, N. N. 20.—, Wolf, Cigarrengeschäft 10.—, Familie Joef Cheikowsky aus Freude über die Genes. v. Erna Cheikowsky und Fränzi Gröger M. 50.—. Gelegentlich einer Tischgesellsch. in Dresden durch Herrn Jos. Cheikowsky gesammelt v. Karl u .Emma Feingold, Herrn Sieradzky, Dresden, Z. Pilnik, Stuttgart, J. Kalmus, H. Subisky, M. Minikes, S. Minikes, S. Granat, J. Cheikowsky aus München 200.—. Summa: 5499.— Mark.

Unsere Sammlung ist hiermit beendet. Weitere Spenden sind an die hiesige israelitische Kultusgemeinde direkt zu richten.

Münchner Spendenausweis: Nationalfonds: Jos. Werner statt Eintrittsgeld z. Bedrüßungsfeier im Paulaner 3.—, ders. grüßt Hans Pomeranz, Elberfeld 2.—, Arn. Kohn sagt Jak. u. Hugo Fränkel hamokom jenachem es'chem 3.—. Arn. Kohn: Buße 3.—, Aron Kohn sagt Arn. Marlé u. Frau herzl. Masseltof 3.—, Jos. Katzenel, Wien anl. d. Wiedersehens m. s. Münchner Verwandten 6.—.

Lisl Koronczyk s. A.-Garten: Max Katzenel anl. d. Wiedersehens m. s. Bruder Josef nach 15 Jahren 2 B = 12.—.

Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß München. Sonntag, den 23. Februar 1919. 1. Zug: 8.30 Uhr Stachus, 50 Pfg.; 2. Zug: Fahrt bekannt; 3. und 4. Zug: 9.15 Uhr oder 1 Uhr Starnberger Bahnhof, 85 Pfg.; 1. Gruppe: 9 Uhr Stachus, 75 Pfg.; 2. Gruppe: 8.20 Uhr Stachus, 50 Pfg.; 4. Gruppe: 8.30 Uhr Starnberger Bahnhof, 95 Pfg.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. Buben. 1. Zug: 2 Uhr Endpunkt Linie 2 Waldlust, Fahrt ins Blaue; 2. Zug: 8.45 Uhr Nordostbahnhof, Abf. 9.10 Uhr Eschenau—Herolsberg—Kraftshof; Nachzügler Abf. 1.32 Uhr Nordostbahnhof nach Herolsberg. Mädels: 1.30 Uhr Prinzregentendenkmal, Abf. 2 Uhr nach Feucht—Fischbach.

Herzl-Klub Nürnberg. Nächster Abend: Mittwoch, den 26. Februar 1919, Karolinenstraße 42.

Bne Jehuda. Samstag, den 22. Febr. 1919, 8 Uhr abends im eigenen Vereinsheim, Burgstr. 3/II: Vortrag des Herrn Natan Chawkin: „Ethischer Zionismus". Samstag, den 1. 3. 1919 abends 8 Uhr, ebenfalls im Vereinsheim, zwangloses Zusammensein der Mitglieder. Samstag, den 8. 2. l. J. Jüdischer Volkslieder- und Theaterabend (s. Anzeige). Montag, den 23. d. Mts. 8 Uhr abends wird der Kursus für jiddische Sprache und Literatur unter Leitung des Herrn Schindler beginginnen. Interessenten wollen sich im Vereinsheim am Montag den 23. II. 7.30 abends einfinden. — Die Bibliothek ist geöffnet jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr vorm. und Mittwoch von 7.30 bis 8 Uhr abends.

Poale Zion. Die Mitglieder und Freunde treffen sich jeden Mittwoch im Vereinsheim des Bne Jehuda, Burgstr. 3/II abends 8 Uhr. Poale Zionistische Parteiliteratur ist bei Leser Schindler, Buttermelcherstr. 4/0 zu haben, ebenso die Wochenschrift „Die freie Tribüne".

Selbstbesteuerung zugunsten des Jüdischen Nationalfonds.

Auf der am 24. Juli 1918 abgehaltenen Konferenz der Vertrauensmänner des Jüdischen Nationalfonds in Deutschland ist als wichtigster Punkt beschlossen worden, auf die alte Form der Selbstbesteuerung zu Gunsten des Jüdischen Nationalfonds zurückzugreifen. Die neue Phase, in die die zionistische Bewegung jetzt eingetreten ist, legt ihr die Pflicht auf, alle Kräfte zu einer erfolgreichen Realisierung der vorhandenen Möglichkeiten einzusetzen. Die festen Zusicherungen der Großmächte lassen es als ganz sicher erscheinen, daß unmittelbar nach Friedensschluß eine großzügige jüdische Kolonisation in Palästina unternommen werden kann. So groß aber auch diese Möglichkeiten sind, so wird doch ihre Verwirklichung einzig und allein von den Mitteln abhängen, die wir selbst für dieses hohe Ziel aufbringen. Der gegenwärtige historische Zeitpunkt,

vielleicht der bedeutendste unserer ganzen Diaspora-Geschichte darf nicht ungenutzt vorübergehen; die Arbeit des Aufbaus unseres Kolonisationswerkes entsprechend den dringenden Forderungen der neuen Zeit muß sofort beginnen.

Der jüdische Nationalfonds ist als erster dazu berufen, die Probleme des kolonisatorischen Aufbaues Palästinas zu lösen. Dazu ist erforderlich, daß er in großem Umfang weiter Grund und Boden in Palästina erwirbt und das erworbene Land schnellstens in rationeller Weise der Besiedlung erschließt. Von der Leistungsfähigkeit des Nationalfonds wird die neue Entwicklung Palästinas in erster Linie abhängen. Die Erwartungen, mit denen wir alle heute auf Erez Israel blicken, können nur dann erfüllt werden, wenn der Jüdische Nationalfonds schon heute die Mittel zur Verfügung hat, um wirklich aus dem Vollen schaffen zu können.

Nach einem Voranschlag unserer Hauptverwaltung, der eher zu niedrig, als zu hoch gegriffen ist, bedarf der Jüdische Nationalfonds für das Jahr 1919 einer Mindestsumme von 10 Millionen Mark, um die kolonisatorischen Aufgaben auch nur einigermaßen erfolgversprechend in Angriff nehmen zu können. Soll unsere Arbeit nicht gleich im ersten Stadium steckenbleiben, so muß dieser Betrag unter allen Umständen sofort aufgebracht werden.

Auf Deutschland entfallen hiervon 1 Million Mark. Wir müssen unsere Arbeit so einrichten, daß der weitaus größte Teil dieser Summe von unseren eigenen Gesinnungsgenossen aufgebracht wird. Wenn auch das Ergebnis des Jahres 1918 mit 277 000 Mark in Deutschland im Verhältnis zu den früheren Jahren zweifellos einen Fortschritt aufweist, so steht es doch in keinem Verhältnis zu den unbedingt erforderlichen Mitteln, in keinem Verhältnis auch zu der wirklichen Leistungsfähigkeit unserer Gesinnungsgenossen. Die Konferenz der Vertrauensleute hat daher beschlossen, daß alle Zionisten, die dazu irgend in der Lage sind, sich zu einer Selbstbesteuerung von mindestens 100 Mark für das Jahr 1919 verpflichten. Es ist selbstverständlich Ehrensache für jeden wohlhabenden Zionisten, diesen Betrag entsprechend seinem Einkommen und Vermögen zu erhöhen. Wir erwarten bestimmt, daß jeder hierbei bis an die äußerste Grenze seines Könnens geht. Nur auf diese Weise, die in den östlichen Ländern immer die Grundlage der Nationalfonds-Spenden gebildet hat, können wir hoffen, den von uns geforderten, unbedingt notwendigen Beitrag zum Aufbau Palästinas zu stellen.

Wenn jeder Einzelne seiner Selbstbesteuerungspflicht nach besten Kräften nachkommt, so können nach unserer festen Überzeugung bereits zwei Drittel der von uns geforderten Summe allein durch die Selbstbesteuerung gedeckt werden. Es soll selbstverständlich jedem unbenommen sein, den von ihm festgesetzten Betrag auch in Raten zu zahlen, nur ist es absolut erforderlich, daß er sich zu einem bestimmten Modus verpflichtet. Die unterzeichnete Zentrale stellt entsprechende Formulare in jeder gewünschten Menge zur Verfügung.

Jetzt endlich ist die Stunde gekommen, unser Ideal in greifbare Wirklichkeit umzusetzen. Die Größe des Augenblicks muß und wird jeden Einzelnen dazu veranlassen, bis an die äußerste Grenze seines Könnens zu gehen. Die deutschen Zionisten dürfen hinter den Ergebnissen der anderen Länder, die zum Teil Deutschland erheblich übertreffen, nicht zurückbleiben, wo es gilt, dem jüdischen Volk endlich eine gesicherte Heimstätte in Palästina zu bereiten.

Jeder erfülle sofort seine Selbstbesteuerungspflicht!

Jüdischer Nationalfonds
Zentrale für Deutschland.

Verein „Bne Jehuda" München

Samstag, den 8. März 1919

findet in den Prinzensälen des Café Luitpold ein

Jiddischer Volkslieder- und Theater-Abend

zu Gunsten der Pogrom-Opfer Lembergs

statt. — Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Die Vorstandschaft.

Programm: 1. Musikvortrag. 2. Rezitation. 3. Jiddische Volkslieder. 4. Theaterstück. (Das eibige Lied von Mark Arnstein).

Glückshafen Eigenes Büffet.

Eintritt M. 2.— Res. Platz M. 5.—

Saal-Eröffnung 7 Uhr — Beginn 8 Uhr

Vorverkauf: Hönig, Burgstr. 5, Telefon 21649. Kohn, Dachauerstraße 39, Telefon 54599. Schwarz, Landwehrstr., Telefon 50440.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.